



# Merkblatt zum RIRUG

Stand 8.Juli 2021

Bei dem vorliegenden Merkblatt zum RIRUG handelt es sich um eine Zusammenfassung nach rechtlicher Einschätzung der ASB Schuldnerberatungen GmbH als Treuhänder im Abschöpfungsverfahren. Das Merkblatt wurde auf Basis der aktuellen Gesetzeslage, des Gesetzestextes sowie der Erläuterungen zum RIRUG Anfang Juli 2021 erstellt. Aus dem vorliegenden Papier können keine Rechtsansprüche abgeleitet werden. Es wurde bewusst eine neutrale Wiedergabe der Rechtslage ohne inhaltliche Bewertung vorgenommen.

## Insolvenzverfahren nach RIRUG

Die Privatkonkursnovelle 2021 (RIRUG) tritt mit **17. Juli 2021 in Kraft**. Grundsätzlich gilt sie für alle Insolvenzverfahren, die nach dem 16. Juli 2021 eröffnet oder wiederaufgenommen werden bzw. ist sie auf **Zahlungspläne** und **Abschöpfungsverfahren** anzuwenden, wenn der **Antrag nach dem 16. Juli 2021 bei Gericht einlangt** (§ 283 IO). Zu den **Übergangsbestimmungen** siehe Seiten 6f.

Für Insolvenzverfahren / Zahlungspläne nach neuer Rechtslage gelten folgende Änderungen:

### Eigenverwaltung | Beschränkung der Verfügungsrechte des Schuldners

Der Gesetzgeber stellt in § 187 IO Abs 1 klar, welche **Befugnisse SchuldnerInnen** zustehen. In Abs 1 Z3 bestimmt er, dass nicht mehr nur wie bisher Verfügungen von SchuldnerInnen über Gegenstände der Insolvenzmasse, sondern auch Verfügungen über **Vermögensrechte oder Forderungen** nur dann wirksam sind, wenn das Gericht zustimmt. In Z4 wird klargestellt, dass Verbindlichkeiten, die mit Zustimmung des Insolvenzgerichts begründet werden, **Masseforderungen** darstellen und aus der Insolvenzmasse zu begleichen sind. Nach Z6 steht SchuldnerInnen nicht das Recht zu, die Zwangsversteigerung oder -verwaltung einer unbeweglichen Sache der Insolvenzmasse zu betreiben. SchuldnerInnen soll zwar das Recht zustehen, bewegliche Sachen zu verwerten; eine Betreibung der Versteigerung über das Gericht soll ihnen jedoch nicht offenstehen. Daher wird Z6 **auf die kridamäßige Verwertung der Insolvenzmasse ausgedehnt**.

## **Vertretung des Schuldners durch eine anerkannte Schuldenberatungsstelle | Rekurs**

Nach § 192 IO können sich SchuldnerInnen auch durch eine anerkannte Schuldenberatungsstelle vertreten lassen. Dies gilt auch für die Vertretung im Rechtsmittelverfahren. Einer Unterschrift eines Rechtsanwalts bedarf es nur, wenn sich SchuldnerInnen zur Erhebung eines **Revisionsrekurses** vertreten lassen.

---

## **Inhalt und Zulässigkeit des Zahlungsplans | Angemessenheitsfrist**

Nach § 194 Abs 1 IO muss der Schuldner den Insolvenzgläubigern mindestens eine Quote anbieten, die seiner Einkommenslage in den folgenden **drei Jahren** entspricht. Die Zahlungsfrist darf sieben Jahre nicht übersteigen. Bezieht der Schuldner in diesem Zeitraum voraussichtlich kein pfändbares Einkommen oder übersteigt dieses das Existenzminimum nur geringfügig, so braucht er keine Zahlungen anzubieten.

---

## **Berücksichtigung nicht angemeldeter Forderungen**

§ 197 Abs 1 IO **schränkt** die **Möglichkeit zur nachträglichen Forderungsanmeldung ein**. Der Gesetzgeber setzt für die Anmeldung voraus, dass **Insolvenzgläubiger nicht von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens verständigt** wurden. Für die Entscheidung des Insolvenzgerichts über den Anspruch auf die zu zahlende Quote ist die **Restlaufzeit des Zahlungsplans** bzw. ein **Mindestzeitraum von drei Jahren** maßgeblich, selbst wenn die Laufzeit früher endet (laut den Erläuterungen betrifft dies den Fall der Einmalzahlung) und nur insoweit, als diese Quote der Einkommens- und Vermögenslage des Schuldners entspricht.

---

## **Änderung des Zahlungsplans**

Nach § 198 Abs 1 IO kann der Schuldner eine neuerliche Abstimmung über einen Zahlungsplan und die Einleitung des Abschöpfungsverfahrens beantragen, wenn sich seine Einkommens- und Vermögenslage ohne dessen Verschulden verschlechtert hat. Hierbei wird ihm nach Z1 die Hälfte der Laufzeit des Zahlungsplans angerechnet, **während derer der Schuldner Zahlungen geleistet hat**.

Nach Z2 **kann der Schuldner** auf die Dauer der **Abtretungserklärung** die Frist des Zahlungsplans, **während derer Zahlungen geleistet wurden**, zur Hälfte **anrechnen**.

## Abschöpfungsverfahren nach RIRUG

Für Abschöpfungsverfahren, die **nach dem 16. Juli 2021 bei Gericht beantragt werden**, gilt die neue Rechtslage nach dem RIRUG. Verfahren, die vor dem 16. Juli 2021 beantragt wurden, sind nach der alten Rechtslage abzuwickeln. Die **Bestimmungen zum Tilgungsplan** (§§ 199, 201 Abs 2 und 216 Abs 1) sind für VerbraucherInnen befristet. Sie treten mit Ablauf des **16. Juli 2026 außer Kraft** bzw. bleiben sie auf Tilgungspläne anwendbar, wenn der Antrag auf Einleitung des Abschöpfungsverfahrens mit Tilgungsplan vor dem 17. Juli 2026 bei Gericht eingelangt ist (§ 283 idF RIRUG). Die **Erhöhung der Mindestvergütung** des Treuhänders nach § 204 Abs 1 erster Satz ist – auch in anhängigen Verfahren – auf Vergütungen für Tätigkeiten nach dem 1. August anzuwenden (Übergangsbestimmungen siehe Seiten 6f).

### Abschöpfungsverfahren mit Restschuldbefreiung | Terminologie

Nach § 199 IO wird das Abschöpfungsverfahren weiterhin in der bisherigen Form des **5-jährigen Abschöpfungsverfahrens** durchgeführt – nunmehr aber mit der Bezeichnung „**Abschöpfungsplan**“. Daneben gibt es unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit zum kurzen **3-jährigen Abschöpfungsverfahren**, dem „**Tilgungsplan**“.

---

### Einleitungshindernisse Tilgungsplan

§ 201 Abs 2 IO erhöht den Redlichkeitsmaßstab für den Tilgungsplan bzw. normiert **zusätzlich zu den bereits bestehenden ein weiteres Einleitungshindernis, das für VerbraucherInnen unter bestimmten Voraussetzungen nicht gilt**.

Für die Beurteilung, ob jemand Verbraucher ist, wird in Abs 3 klargestellt, dass **Verbraucher ist, wer bei dem der öffentlichen Bekanntmachung des Beschlusses über die Feststellung der offenkundigen Zahlungsunfähigkeit vorangegangenen Vollzug kein Unternehmen betrieben hat**.

Als **zusätzliches Einleitungshindernis nach § 201 Abs 2 Z1 gilt**, wenn der Schuldner **nicht längstens binnen 30 Tagen** nach öffentlicher Bekanntmachung des Beschlusses über die Feststellung der offenkundigen Zahlungsunfähigkeit im Exekutionsverfahren **die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt**.

Dieses Einleitungshindernis ist für **VerbraucherInnen** nicht erfüllt, wenn der Schuldner **binnen 30 Tagen** nach öffentlicher Bekanntmachung **Maßnahmen zur Beseitigung der Zahlungsunfähigkeit oder zur Vorbereitung des Insolvenzverfahrens** ergreift und ab der öffentlichen Bekanntmachung bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens **keine neuen Schulden eingeht**, die er bei Fälligkeit nicht bezahlen kann.

Für UnternehmerInnen wie für VerbraucherInnen gilt, dass der Antrag auf Durchführung eines Abschöpfungsverfahrens als Tilgungsplan auch dann abzuweisen ist, wenn nach Z2 der **Tatbestand des Abs 1 Z3** (Vermögensverschleuderung) innerhalb von **fünf** Jahren erfüllt wurde.

Nach **Abs 4** hat das Gericht die Einleitung des Abschöpfungsverfahrens nur auf **Antrag eines Insolvenzgläubigers** abzuweisen. Dies gilt auch bei der Beantragung des verkürzten Verfahrens mit Tilgungsplan.

## Einleitung des Abschöpfungsverfahrens | Berichtspflicht

Nach § 202 Abs 2 IO hat das Gericht **bei Einleitung und anlässlich der Rechnungslegung** des Treuhänders jeweils für das nächste Rechnungslegungsjahr dem Schuldner aufzutragen, zu festgelegten Zeitpunkten dem Gericht und dem Treuhänder Auskunft über seine Bemühungen um eine Erwerbstätigkeit zu erteilen, wenn der Schuldner keinen, einen unpfändbaren oder keinen den unpfändbaren Freibetrag übersteigenden Bezug hat **und dies eine Verletzung der Obliegenheit nach § 210 Abs 1 Z1 sein kann.**

---

## Rechtsstellung des Treuhänders | Verwertung von Vermögen

Das RIRUG sieht in § 203 Abs 2 IO vor, dass der **Treuhänder das ihm vom Schuldner herausgegebene Vermögen zu verwerten** hat. Der Treuhänder kann stattdessen dem **Schuldner** die Verwertung **auftragen**. Die Verwertung bedarf in diesem Fall jedoch der **Genehmigung durch den Treuhänder**, um wirksam zu sein.

---

## Vergütung des Treuhänders

Die **Mindestvergütung** des Treuhänders nach § 204 Abs 1 wird **auf EUR 15,- monatlich** zuzüglich Umsatzsteuer **erhöht**. Auf Antrag des Treuhänders kann die **Vergütung** (auch in Verfahren, die nicht nach § 183 IO eröffnet wurden), **aus Amtsgeldern** gezahlt werden. Nach Abs 2 kann die **Mindestvergütung** des Treuhänders **nicht herabgesetzt** werden.

---

## Gleichbehandlung der Gläubiger | Ausdehnung des Aufrechnungsverbots

In § 206 IO wird das **Aufrechnungsverbot** neben Forderungen auf Bezüge auf sonstiges **Vermögen ausgedehnt**.

---

## Berücksichtigung nicht angemeldeter Forderungen während des Abschöpfungsverfahrens

Nach § 207 Abs 1 IO sind Insolvenzgläubiger, die ihre Forderungen nicht angemeldet haben, bei den Verteilungen nur dann zu berücksichtigen, wenn **sie von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht verständigt wurden**, ihre Forderungen feststehen und dies dem Treuhänder angezeigt haben.

---

## Obliegenheiten des Schuldners | Berichtspflicht des Schuldners

SchuldnerInnen haben nach § 210 Abs 1 Z 5a IO dem Gericht und dem Treuhänder zu den vom Gericht **nach § 202 Abs 2** festgelegten Zeitpunkten Auskunft über seine Bemühungen um eine Erwerbstätigkeit zu erteilen.

---

## **Obliegenheiten des Schuldners | Selbständigkeit**

Im Fall der Selbständigkeit von SchuldnerInnen, hat der **Treuhänder** nach § 210 Abs 2 IO **einen Betrag zu bestimmen**, den der Schuldner monatlich **vorläufig** an ihn **zu bezahlen** hat.

---

## **Auskunftserteilung über die Erfüllung der Obliegenheiten**

**Gläubiger sind** nach § 210a Abs 4 **vom Treuhänder** über **offenkundige Obliegenheitsverletzungen zu informieren**, wenn diese nach dem Bericht oder der Auskunft des Schuldners über seine Erwerbstätigkeit oder seine Bemühungen um eine solche offenkundig vorliegt.

---

## **Vorzeitige Beendigung des Abschöpfungsverfahrens bei Befriedigung aller Insolvenzforderungen**

Sind die **Insolvenzforderungen aller Gläubiger**, die ihre Forderungen angemeldet haben, **befriedigt** worden, hat das Gericht das **Abschöpfungsverfahren nach § 213 Abs 1 IO vorzeitig für beendet zu erklären** und gleichzeitig auszusprechen, dass der Schuldner von den im Verfahren nicht erfüllten Verbindlichkeiten gegenüber den Insolvenzgläubigern befreit ist.

---

## **Widerruf der Restschuldbefreiung beim Tilgungsplan**

Ein **Tilgungsplan** kann nach § 216 IO **widerrufen** werden, wenn sich **nachträglich** herausstellt, dass der Schuldner wegen einer Straftat nach den §§ 156, 158, 162 oder 292a StGB **rechtskräftig verurteilt** wurde und diese Verurteilung weder getilgt ist noch der beschränkten Auskunft aus dem Strafregister unterliegt.

## Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen

Die **Bestimmungen des RIRUG** treten nach § 283 Abs 1 mit **17. Juli 2021 in Kraft**.

### Laufende Insolvenzverfahren / Zahlungspläne

Die neuen Bestimmungen gelten nur für Insolvenzverfahren, die nach Inkrafttreten des RIRUG eröffnet oder wiederaufgenommen werden bzw. für Zahlungspläne, deren Anträge nach dem 16. Juli 2021 bei Gericht einlangen.

Die Bestimmungen haben keine Geltung für laufende Insolvenzverfahren oder Zahlungspläne, die nach der alten Rechtslage vor dem RIRUG eröffnet bzw. beantragt wurden.

- **§§ 187** in der neuen Fassung (Befugnisse des Schuldners bei Eigenverwaltung ist auf Insolvenzverfahren (Konkursverfahren, Sanierungsverfahren) anzuwenden, die **nach dem 16. Juli 2021 eröffnet oder wiederaufgenommen** (§ 158 Abs 2) **werden** (§ 283 Abs 2 IO).
- **§§ 194** (Angemessenheitsfrist Zahlungsplan drei Jahre) und **197** (Ausschluss von Gläubigern von der Möglichkeit zur nachträglichen Forderungsanmeldung bei Verständigung von der Insolvenzeröffnung) in der neuen Fassung sind auf Zahlungspläne anzuwenden, wenn der **Antrag auf Annahme nach dem 16. Juli 2021 bei Gericht einlangt** (§ 283 Abs 2 IO).
- **§ 198** in der neuen Fassung ist auf Zahlungspläne anzuwenden, wenn der **Antrag auf neuerliche Abstimmung nach dem 16. Juli 2021 bei Gericht einlangt** (§ 198 Abs 5 IO).

### Anhängige Abschöpfungsverfahren

Die neuen Bestimmungen für das Abschöpfungsverfahren (mit Tilgungs- und Abschöpfungsplan) gelten nur für Abschöpfungsverfahren, deren Anträge nach dem 16. Juli 2021 bei Gericht einlangen.

Die Bestimmungen haben keine Geltung für anhängige Abschöpfungsverfahren, die nach der alten Rechtslage vor dem RIRUG beantragt wurden.

Die Erhöhung der Mindestvergütung des Treuhänders nach § 204 Abs 1 letzter Satz gilt sowohl in Abschöpfungsverfahren, deren Antrag nach dem 16. Juli 2021 bei Gericht einlangt als auch in Abschöpfungsverfahren, die bei Inkrafttreten des RIRUG bereits anhängig sind, und zwar für alle Tätigkeiten ab August 2021.

- **§§ 199** (Antrag des Schuldners auf Einleitung des Abschöpfungsverfahrens mit Tilgungsplan oder Abschöpfungsplan), **201** (Einleitungshindernisse), **202** (Berichtspflicht bei Einleitung / Rechnungslegung), **203** (Verwertung von Vermögen durch den Treuhänder), **204 Abs 1 dritter Satz** (Vergütung aus Amtsgeldern), **§§ 206** (Ausdehnung Aufrechnungsverbot), **207** (Ausschluss von Gläubigern von der Möglichkeit zur nachträglichen Forderungsanmeldung bei Verständigung von der Insolvenzeröffnung), **210** (Berichtspflicht des Schuldners), **210a** (Verständigungspflicht des Treuhänders bei offenkundiger Obliegenheitsverletzung), **213** (vorzeitige Beendigung bei Vollbefriedigung alle Gläubiger), und **216** (Widerruf Tilgungsplan) in der neuen Fassung sind auf Abschöpfungsverfahren anzuwenden, wenn **der Antrag auf Einleitung nach dem 16. Juli 2021 bei Gericht einlangt** (§ 283 Abs 6 IO).

- **§ 204 Abs 1 erster Satz** (Erhöhung der Mindestvergütung auf EUR 15,-) **und Abs 2 erster Satz** (Herabsetzung der Mindestvergütung) in der neuen Fassung sind auf **Ver-gütungen für Tätigkeiten nach dem 1. August 2021 anzuwenden** (§ 283 Abs 7 IO).
- **§§ 199, 201 Abs 2, § 216 Abs 1** (die Bestimmungen über den Tilgungsplan) treten, soweit davon **Verbraucher** erfasst sind, **mit Ablauf des 16. Juli 2026 außer Kraft**; diese **Bestimmungen bleiben anwendbar**, wenn der **Antrag** auf Durchführung des Abschöpfungsverfahrens mit Restschuldbefreiung mit **Tilgungsplan vor dem 17. Juli 2026 bei Gericht eingelangt** ist.

### ZUR ERINNERUNG | Ablauf von Abschöpfungsverfahren mit Antrag auf Einleitung des Abschöpfungsverfahrens vor dem IRÄG 2017

- **Ablauf** der 7-jährigen Abtretungserklärung **bis 31. Oktober 2022**: Beendigung des Verfahrens mit Restschuldbefreiung von Amts wegen (§ 280 IO), siehe auch OGH 8 Ob 51/19m vom 16.12.2019.
- **Ablauf** der 7-jährigen Abtretungserklärung **nach 31. Oktober 2022**: vorzeitige Beendigung des Verfahrens auf Antrag des Schuldners auch bei Unterschreiten der Mindestquote nach § 213 in der Fassung vor IRÄG 2017 ab 1. November 2022 (§ 280 IO)

ASB Schuldnerberatungen GmbH

UID: ATU 56591744  
 FN 230327t LG Linz  
 www.schuldenberatung.at



Zentrale

4020 Linz, Bockgasse 2 b  
 Tel.: +43-[0]732-65 65 99  
 Fax: +43-[0]732-65 36 30  
 E-Mail: asb@asb-gmbh.at

Büro Wien

1060 Wien, Gumpendorfer Straße 83  
 Tel.: +43-[0]1-96 10 213  
 Fax: +43-[0]1-96 10 213-44  
 E-Mail: pr@asb-gmbh.at